

Deutscher Bundestag

20. Wahlperiode

Drucksache 20/XXXX

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Musterfrau Müller u. a. und der Fraktion DIE LINKE.

Digitale Souveränität in deutschen Kommunen - Status, Förderkulturen und Leitplanken des Bundes

Berlin, den 29. Oktober 2025

Vorbemerkung der Fragestellerinnen und Fragesteller

Kommunen tragen Verantwortung fuer eine Vielzahl digitaler Aufgaben - von Buergerdiensten ueber Fachverfahren bis zu Datenraeumen fuer Mobilitaet, Energie, Umwelt und Stadtentwicklung. Digitale Souveraenitaet soll dabei Handlungs-, Entscheidungs- und Gestaltungsfahigkeit der oeffentlichen Hand sichern: Vermeidung von Abhaengigkeiten, Interoperabilitaet und Portabilitaet, wirksame Daten- und IT-Sicherheits-Governance, Kontrolle ueber Datenfluesse sowie der systematische Einsatz offener Standards und Open-Source-Software.

Zugleich wirken sich Bundes- und EU-Rahmen (z. B. Vergaberecht, IT-Sicherheitsrecht inkl. NIS2, Daten- und KI-Regulierung, Verwaltungsdigitalisierung) auf kommunale Entscheidungen aus. Die Fragestellerinnen und Fragesteller sehen den Bund in der Verantwortung, Rahmenbedingungen fuer digitale Eigenstaendigkeit der Kommunen zu schaffen und bestehende Foerderinstrumente auf Souveraenitaet auszurichten.

1. Wie definiert die Bundesregierung 'digitale Souveraenitaet' von Kommunen und inwiefern unterscheidet sich diese Definition von 'strategischer Autonomie' auf EU-Ebene?
2. Welche Indikatoren nutzt die Bundesregierung zur Messung digitaler Souveraenitaet in Kommunen (z. B. Open-Source-Quote, Exit-Strategien, Interoperabilitaetsprofile, Datenportabilitaet, Datenlokation)?
3. Wie bewertet die Bundesregierung den aktuellen Stand kommunaler digitaler Souveraenitaet und welche Luecken sieht sie im Vergleich zu den Zielen der Digitalstrategie der Bundesregierung?
4. Welche Rolle nehmen BMI, BMDV, BMWK, der IT-Planungsrat, FITKO und Bund-Laender-Gremien zur Foerderung kommunaler digitaler Souveraenitaet ein (Auftraege, Zuständigkeiten, Vorhaben)?
5. Welche Musterleitlinien oder Referenzarchitekturen des Bundes existieren zur Vermeidung von Anbieterabhaengigkeiten (offene Schnittstellen, Reversibilitaet, Open-Source-by-Default)?
6. Welche Foerderprogramme des Bundes adressieren seit 2021 Aspekte digitaler Souveraenitaet in Kommunen (Programme, Ziele, Budgets, Mittelabfluss, Evaluierung)?
7. In welchen Foerderlinien ist 'Open Source' oder 'Offene Standards' als Bewertungskriterium verankert und wie wurde dies bisher angewandt?
8. Welche Programme verlangen vertraglich gesicherte Exit- oder Reversibilitaetsklauseln und wie werden diese kontrolliert?
9. Welche Leitfaeden oder Vertragsmuster empfehlen Kommunen Klauseln zu Datenportabilitaet, Interoperabilitaet, Quellcodezugang, Audit-Rechten und Sicherheitsnachweisen?
10. Wie bewertet die Bundesregierung die vergaberechtliche Zulaessigkeit von Open-Source-by-Default-Vorgaben im Rahmen des GWB und der VgV?
11. Wie haeufig enthalten kommunale Cloud- oder SaaS-Vertraege Exit-Klauseln und auf welcher Datenbasis stuetzt sich die Bundesregierung bei dieser Einschaeztung?
12. Welche Kriterien legt die Bundesregierung bei 'souveraenen Cloud-Loesungen' an (Datenlokation, Rechtssouveraenitaet, Reversibilitaet, Zertifizierung)?
13. Wie verteilen sich kommunale Betriebsmodelle (Eigen-RZ, kommunale IT-Dienstleister, kommerzielle Clouds) seit 2021 und welche Trends beobachtet die Bundesregierung?
14. Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung zu Rueckfuehrungen aus Cloud- oder Fremdbetrieb in Eigenbetrieb vor (Anzahl, Gruende, Kosten, Dauer)?
15. Welche Massnahmen verfolgt die Bundesregierung zur Staerkung von Open-Source-Kompetenz in Kommunen (z. B. Kompetenzzentren, Pflegefinanzierung, Wiederverwendungsplattformen)?

16. In welchem Umfang werden EfA-Dienste oder OZG-Leistungen als wiederverwendbare Open-Source-Bausteine bereitgestellt (Lizenz, Betreiber, Reifegrad)?
17. Welche rechtlichen, organisatorischen oder kapazitiven Hemmnisse identifiziert die Bundesregierung fuer Open-Source-Einsatz in Kommunen und welche Gegenmassnahmen sind geplant?
18. Welche XOEV-Profile, Schnittstellen- und Datenmodelle empfiehlt die Bundesregierung fuer kommunale Kernverfahren?
19. Wie wird sichergestellt, dass bundesgefoerderte IT-Loesungen standard- und plattformoffen sind (Nachweis, Zertifizierung, Veroeffentlichung)?
20. Welche Anforderungen ergeben sich aus EU-Recht (z. B. Data Act, Interoperable Europe Act) fuer Kommunen in Bezug auf Datenportabilitaet und Interoperabilitaet?
21. Welche Pflichten ergeben sich fuer Kommunen aus der NIS2-Richtlinie und welche Unterstuetzung bietet der Bund bei der Umsetzung?
22. Welche Reifegradmessung oder Erhebungen liegen zur IT-Sicherheitslage kommunaler Verwaltungen vor?
23. Welche vom Bund gefoerderten kommunalen oder regionalen Datenraeume existieren und wie wird deren Governance und Interoperabilitaet ausgestaltet?
24. Welche Leitlinien bestehen zur Datenhoheit der Kommunen bei gemeinsamer Nutzung von Datenraeumen (Rollenmodell, Zugriff, Rueckholbarkeit)?
25. Welche Qualifizierungs- und Unterstuetzungsangebote des Bundes bestehen fuer souverae IT-Betriebsmodelle, Open-Source-Governance und Sicherheitsmanagement?
26. Wie bewertet die Bundesregierung die Personalausstattung kommunaler IT-Dienstleister im Vergleich zu den Anforderungen souverae Betriebsmodelle?
27. Welche Kommunen gelten der Bundesregierung als Beispiele guter Praxis fuer verbindliche Souveraenitaets-Policies (Open-Source-, Portabilitaets- oder API-Policies)?
28. Welche Evaluationen liegen zur Wirkung von Open-Source-Nutzung, Standardisierung und Lock-in-Vermeidung vor?
29. Welche Massnahmen plant die Bundesregierung in den Jahren 2025-2027 zur weiteren Staerkung der digitalen Souveraenitaet der Kommunen (Leitfaeden, Rechtsakte, Standardisierung)?
30. Inwiefern plant die Bundesregierung, zentrale Wissensquellen wie den 'Wissensgraph Souveraene_Digitalisierung_Kommunen_2024' als oeffentliche Referenzdatenbasis dauerhaft zu foerdern?

Beispieldokument - nicht amtlich. Erstellt fuer Demonstrationszwecke.